

Dokumentation

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 36/2001
Andreas Jacobs

Der Nahe und Mittlere Osten zwischen Konflikt und Konsolidierung Klausurtagung des Planungsausschusses der Konrad-Adenauer-Stiftung

Sankt Augustin, August 2001

Ansprechpartner: Winfried Jung
Leiter der Hauptabteilung
„Internationale Zusammenarbeit II“
Telefon: 0 22 41/246-348
E-Mail: winfried.jung@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

Konferenzbericht

1. Einleitung

Der Nahe und Mittlere Osten ist gegenwärtig von Entwicklungen gekennzeichnet, die Anlass zu ernster Sorge geben. Vor allem die aktuelle Zuspitzung des Nahostkonflikts lässt zunehmende Zweifel an einer Fortsetzung des 1993 in Oslo eingeschlagenen Friedensprozesses aufkommen. Dass die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformationsprozesse in vielen Staaten der Region ins Stocken geraten sind, schafft zusätzliche Probleme. Eine kritische Überprüfung und Anpassung der bisherigen Instrumente und Strukturen deutscher und europäischer Zusammenarbeit mit dem Nahen und Mittleren Osten erscheint deshalb notwendig. Die diesjährige Klausurtagung des Planungsausschusses der Konrad-Adenauer-Stiftung beschäftigte sich deshalb mit folgenden vier Fragenkomplexen:

- wie sind die gegenwärtigen Konfliktlagen im Nahen und Mittleren Osten einzuschätzen,
- welche Chancen für eine Konsolidierung der Region bestehen,
- welche Konsequenzen lassen sich hieraus für die Zusammenarbeit mit den Ländern im nah- und mittelöstlichen Raum ableiten und
- welche Rolle können Deutschland und Europa bei der Suche nach einer Friedenslösung im Nahen Osten spielen?

In seinen einleitenden Worten konkretisierte **Dr. Volkmar Köhler**, Parl. Staatssekretär a.D., die Leitfragen der Konferenz. Unter Bezugnahme auf die jüngsten Vermittlungsversuche des deutschen Außenministers hob er zunächst hervor, dass sich die Bundesrepublik gegenwärtig in einem außenpolitischen Selbstfindungsprozess befinde. Während das Ende dieses Prozesses noch nicht absehbar sei, stelle sich im Nahen Osten vor allem die Frage, wie diese Rollenfindung mit den Interessen der USA in Übereinstimmung gebracht werden könne. Mit Blick auf die Konfliktlage im Nahen Osten hob Dr. Köhler die Notwendigkeit einer verstärkten Konzentration auf Maßnahmen des kurzfristigen Konfliktmanagements hervor. Weitergehende Fortschritte oder eine abschließende Friedenslösung seien angesichts der Eskalation der Gewalt und der festgefahrenen Positionen der Konfliktparteien gegenwärtig nicht zu erwarten. Die aktuelle Situation sollte allerdings nicht zu Tatenlosigkeit und Zynismus verleiten. Gefragt sei vielmehr die Suche nach realistischen und pragmatischen Politikansätzen, die das Fundament für einen Neuanfang legen könnten.

2. Aktuelle Rahmenbedingungen und Tendenzen im Nahen und Mittleren Osten

Gegenstand des ersten thematischen Blocks war die Bestandsaufnahme der aktuellen Rahmenbedingungen und Entwicklungstendenzen im Nahen und Mittleren Osten. In ihrem einleitenden Vortrag zog **Dr. Sigrid Faath**, Privatdozentin an der Universität Hamburg und Mitarbeiterin am Deutschen Orient-Institut in Hamburg, eine Bilanz der staatlichen Transformations- und Demokratisierungsprozesse in der Region. Dabei dämpfte sie zunächst die Hoffnungen auf einen nachhaltigen politischen Wandel, die angesichts der zurückliegenden Regierungswechsel in einigen arabischen Ländern aufgekommen waren. Ein Systemwandel, so Frau Dr. Faath, könne zwar festgestellt werden, dieser vollziehe sich aber nur sehr langsam und stoße auf zahlreiche interne Hindernisse. Obwohl sich die Nationalstaaten in der Region konsolidiert hätten, sei eine zunehmende Entfremdung zwischen Staat und Bürger beobachtbar. Das hohe Bevölkerungswachstum, die verbreitete Versorgermentalität und ein Festhalten an überkommenen Wertvorstellungen hätten die politischen Systeme zunehmend in die Krise gebracht. Die Konsequenz sei eine weitgehende Überforderung der öffentlichen Verwaltung. Für Europa bedeute dies, die Erwartungen an die staatliche Leistungsfähigkeit zu senken und sich verstärkt auf Kooperationsinitiativen im sozialen und sozioökonomischen Bereich zu konzentrieren.

Die **Diskussion** zum Vortrag von Frau Dr. Faath drehte sich vor allem um den Zusammenhang zwischen ökonomischer Entwicklung und politischem Wandel. Hierbei bestand weitgehende Einigkeit im Plenum, dass zwischen beiden Aspekten kein notwendiger Zusammenhang bestehe. Dennoch wurde seitens eines Diskussionsteilnehmers darauf hingewiesen, dass in vielen nah- und mittelöstlichen Gesellschaften ein relativ breites Demokratisierungspotential anzutreffen sei, das aber von den Regierungen systematisch unterdrückt werde. Hinzu komme, so eine weitere Wortmeldung, dass in der Region kein wirkliches Erfolgsmodell existiere, das als Vorbild eines geglückten politischen Strukturwandels gelten könne. Nach Einschätzung eines weiteren Teilnehmers seien schließlich auch die vielen, nach wie vor ungelösten Sicherheitsprobleme zwischen den Staaten im Nahen und Mittleren Osten für die geringen Fortschritte bei der Demokratisierung verantwortlich.

Im anschließenden Beitrag richtete **Prof. Dr. Friedemann Büttner** von der Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaften der Freien Universität Berlin, den Blick auf die islamische Herausforderung in der Region. Seine zentrale Fragestellung lautete, ob gegenwärtig eine Entsäkularisierung durch Islamisierung in der Region feststellbar sei. Dabei verwies Prof. Büttner darauf, dass die in vielen nah- und mittelöstlichen Gesellschaften immer populärer werdende Vorstellung einer Einheit von Staat und Religion ein relativ neues Phänomen in der islamischen Geschichte darstelle. Dennoch fänden im Moment vielfältige Entsäkularisierungsprozesse statt, die insgesamt auf eine zunehmende politische Indienstnahme der Religion schließen lassen. Diese problematische Entwicklung werde durch das nach wie vor negative Islam-Bild in vielen westlichen Medien weiter verstärkt.

In der anschließenden **Diskussion** wurde zunächst darauf eingegangen, dass der religiöse Fundamentalismus auch in westlichen Gesellschaften immer stärker um sich greife und somit nicht als islamspezifisches sondern als kulturübergreifendes Krisenphänomen der Moderne zu begreifen sei. Schließlich wurde noch der Zusammenhang von Entwicklung und Religion thematisiert. Ein Diskussionsteilnehmer wandte sich in diesem Zusammenhang gegen die Vorstellung, der Islam könne westlichen Entwicklungsmodellen angepaßt werden. Statt dessen sollten entwicklungspolitische Maßnahmen stärker an den kulturellen und religiösen Gegebenheiten in der Region ausgerichtet werden.

Dr. Franz Bertele, Botschafter a.D., beschäftigte sich im folgenden Beitrag mit dem palästinensisch-israelischen Konflikt und dem 1993 in Oslo begonnenen Friedensprozess. Nach seiner Einschätzung gäbe es längst keine politische Grundlage für diesen Friedensprozess mehr. Dies sei nicht nur auf die festgefahrenen Positionen der Konfliktparteien zurückzuführen sondern auch auf unrealistische Grundannahmen. Ferner sei für die gegenwärtige Zuspitzung der Lage verantwortlich, dass gerade eine Lösung der Kernprobleme, wie etwa der Status Jerusalems, die Zukunft der Siedlungen und die Flüchtlingsfrage, immer wieder aufgeschoben worden sei. Unter diesen Bedingungen, so Dr. Bertele, wäre eine Fortsetzung des Friedensprozesses nur als grundsätzlicher politischer und personeller Neuanfang denkbar. Notwendig sei hierzu vor allem eine große Durchsetzungsfähigkeit in den jeweiligen Bevölkerungen.

Die anschließende **Diskussion** beschäftigte sich mit der zukünftigen Entwicklung Israels und der Frage, ob der Friedensprozess von Oslo noch eine Chance habe. Mit Blick auf Israel bestand weitgehende Einigkeit, dass hier in den nächsten Jahren nachhaltige innenpolitische Veränderungen zu erwarten seien, deren Auswirkungen noch nicht vorausgesehen werden könnten. Kein grundlegender Konsens wurde hingegen in der Frage erzielt, ob der in Oslo begonnene Friedensprozess weitergeführt werden könne. Einige Diskutanten entgegneten der These von Herrn Dr. Bertele, dass nach wie vor eine gewisse Akzeptanz des Prozesses in beiden Bevölkerungen vorliege und auch die genannten Kernprobleme des Konflikts langfristig lösbar seien. Dem setzte ein weiterer Diskussionsteilnehmer die Überlegung entgegen, nach der ein grundsätzlicher Dissens hinsichtlich des Endstatus der palästinensischen Gebiete vorliege, der den Konflikt strukturell unlösbar mache.

Als letzter Referent des ersten thematischen Blocks richtete dann **Dr. Johannes Reissner** von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin den Blick auf die innenpolitische Entwicklung des Iran. Nach seiner Einschätzung habe der erneute Wahlsieg Chatamis bei den Präsidentschaftswahlen vom 8. Juni 2001 nur wenig an den innenpolitischen Verhältnissen geändert. Dennoch sei ein allmählicher politischer Wandel feststellbar. Demonstrationen werden immer öfter von den Sicherheitskräften geduldet, die Integration der Frauen vertiefe sich und eine öffentliche Diskussion um das Verhältnis zwischen Versorgerstaat und Demokratie zeichne sich ab. Dies seien Belege dafür, dass sich der Iran nun endgültig auf dem Reformweg befände. Dieser politische Wandel werde sich aber nur sehr allmählich vollziehen und vor allem in einem Rückgang der religiösen Fundierung politischer Entscheidungen hinter pragmatischen Überlegungen äußern. Dennoch werden diese Akzentverschiebungen am politischen Selbstverständnis des Iran als „islamische Demokratie“ nichts ändern. Für die westliche Politik gegenüber dem Iran, so Dr. Reissner abschließend, bedeute dies die Notwendigkeit, nicht nur die Reformkräfte zu unterstützen, sondern die Zusammenarbeit mit der konservativen Mitte zu suchen. Nur so könne eine westliche Unterstützung des politischen Wandels auf eine breite gesellschaftliche Grundlage gestellt werden.

Die **Diskussion** zum Referat von Dr. Reissner konzentrierte sich zunächst auf die Frage, ob sich im Iran zur Zeit ein Wertewandel vollziehe und wie dieser zu beurteilen sei. Einigkeit bestand in der Einschätzung, dass die „islamische Demokratie“ durchaus Partizipationsmöglichkeiten für die Bevölkerung biete und etwa gegenüber dem Schah-

Regime als Fortschritt zu betrachten sei. Das Hauptproblem des Iran sei weniger in der Verfasstheit des Staatswesens als in der korrupten öffentlichen Verwaltung zu sehen. Abschließend richtete sich die Diskussion auf die Außenpolitik. Während in der Israelpolitik, so ein Diskussionsteilnehmer, kaum Veränderungen erwartet werden können, gäbe es nach Einschätzung eines weiteren Teilnehmers in den Beziehungen zur EU positive Entwicklungen.

Als erster Referent des zweiten Konferenztages beschäftigte sich **Andreas von Hoessle**, ehemaliger Beauftragter für Nah- und Mittelostpolitik im Auswärtigen Amt, mit den Grundlinien der deutschen Außenpolitik gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten. Zunächst verwies er darauf, dass die jüngsten Aktivitäten Außenminister Fischers in der Region keine Änderung der deutschen Politik bedeuten und auch nicht auf eine Vermittlerrolle Deutschlands im Nahostkonflikt abzielten. Vielmehr habe sich an den Grundlinien der deutschen Nahostpolitik, die auf den Prinzipien der Ausgewogenheit und der engen Koordinierung mit den europäischen Partnern und den USA beruhe, nichts geändert. Dennoch werden gewisse Erwartungen an Deutschland herangetragen, denen die Bundesrepublik im eigenen Interesse entsprechen sollte. Viele Entwicklungen in der Region berührten deutsche Interessenlagen unmittelbar und machten eine verstärkte politische Aufmerksamkeit für die Region notwendig. Dennoch sei der Forderung nach einem umfassenden deutschen Nah- und Mittelostkonzept eine Absage zu erteilen. Die Voraussetzungen einer konzeptionellen Vereinheitlichung deutscher Politik seien angesichts der sehr heterogenen Herausforderungen der Region nicht gegeben.

Die **Diskussion** zum Vortrag von Herrn von Hoessle konzentrierte sich weitgehend auf die Frage einer stärkeren Konzeptionalisierung deutscher Nah- und Mittelostpolitik. Während einige Diskussionsteilnehmer die Idee eines solchen Konzepts unter Verweis auf positive Erfahrungen mit Politikkonzepten zu anderen Regionen befürworteten, wandten sich andere Stimmen angesichts der besonderen Politikanforderungen der Region gegen die Ausarbeitung eines solchen Papiers. Einigkeit bestand demgegenüber in der Feststellung, dass in der gegenwärtigen Situation lediglich eine Politik der kleinen Schritte sinnvoll sei. Handlungsspielräume für die deutsche Nah- und Mittelostpolitik wurden in erster Linie bei der Förderung wirtschaftlicher Kooperationsprojekte und bei der Unterstützung vertrauensbildender Maßnahmen gesehen.

3. Perspektiven für mehr Sicherheit und Stabilität im Nahen und Mittleren Osten

Die Frage nach den Möglichkeiten einer nachhaltigen Stabilisierung der Region stand dann im Mittelpunkt der ersten Paneldiskussion. **Klaus-Jürgen Hedrich**, Parl. Staatssekretär a.D. und entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, verwies zunächst auf die Notwendigkeit einer Einbeziehung weiterer regionaler Akteure in die Bemühungen um einen Frieden im Nahen Osten. Dabei müsse allerdings von einer undifferenzierten Wahrnehmung der arabischen Staaten und des Islam im allgemeinen Abstand genommen werden. Wichtig sei es ferner, die bisherigen Kooperationsmechanismen zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Ein möglicher Ansatzpunkt könne vor allem die Förderung der Zivilgesellschaft in den palästinensischen Autonomiegebieten sein.

Andreas Jacobs vom Forschungsinstitut für politische Wissenschaft und europäische Fragen der Universität zu Köln entwarf im Anschluss fünf Szenarien möglicher Entwicklungen der sicherheitspolitischen Lage im Nahen Osten. Als realistische Entwicklung skizzierte er erstens eine Fortsetzung der gegenwärtigen Auseinandersetzungen, von der er zweitens die Ausweitung zu einem begrenzten Guerilla-Krieg zwischen israelischen Streitkräften und den Palästinensern abgrenzte. Drittens entwarf er das Szenario einer weitgehenden territorialen Separierung Israels von den palästinensischen Autonomiegebieten im Sinne einer Mauerlösung. Viertens sei aber auch eine Rückeroberung der palästinensischen Autonomiegebiete und eine Absetzung der Autonomiebehörden durch die israelischen Streitkräfte denkbar. Während diese Szenarien allesamt nicht wünschenswerte Entwicklungen beschrieben, sei fünftens schließlich eine schrittweise Wiederannäherung der Konfliktparteien mit dem Ziel des kooperativen Konfliktmanagements denkbar. Dieses Szenario sollte die Richtschnur politischen Handelns im Nahen Osten sein.

Im folgenden Redebeitrag wies **Wolfgang Günter Lerch**, Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, auf das Fehlen funktionierender Konfliktregulierungsmechanismen und effektiver Institutionen regionaler Kooperation im Nahen und Mittleren Osten hin. Dieses Defizit sei auch deshalb problematisch, weil externe Einflussnahme von den Staaten der Region weitgehend abgelehnt würde und sich der Westen nach wie vor mit dem Vorwurf mangelnder Glaubwürdigkeit und doppelter Standards konfrontiert sehe. Zentrale

Voraussetzung eines europäischen Beitrags zu mehr Sicherheit und Stabilität im Nahen Osten sei deshalb das Streben nach Fairness und Ausgewogenheit.

Dr. Hans-Helmut Taake, Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), richtete das Interesse anschließend auf die entwicklungspolitischen Beiträge zur Stabilisierung der Region. Hierzu skizzierte er zunächst die Bedeutung der Strukturanpassung für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung der Region. Während die bilaterale Kooperation mit verschiedenen Akteuren und Staaten in der Region viele positive Ergebnisse erbracht hätten, sei die Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eher negativ einzuschätzen. Vor allem Israel habe durch die Zuspitzung der Auseinandersetzung mit den Palästinensern erhebliche wirtschaftliche Einbußen zu verzeichnen. Deutschland werde trotz der ungünstiger werdenden Rahmenbedingungen in der Region an seinen entwicklungspolitischen Grundsätzen festhalten.

Als letzter Redner des ersten Panels skizzierte **Dr. h.c. Johannes Gerster**, Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Israel, die unterschiedlichen Konzeptionen einer Friedenslösung seitens der wichtigsten Akteure im Nahen Osten. Obwohl hier sehr unterschiedliche Vorstellungen anzutreffen seien und manche Akteure kein Interesse an einer Lösung des Nahostkonflikts hätten, bestehe letztendlich keine Alternative zu einer Politik, die auf die Knüpfung neuer Gesprächsfäden setze. Die EU und die USA seien ferner aufgefordert, ihre finanziellen Zuwendungen stärker von der Einhaltung politischer Bedingungen abhängig zu machen. In der Konditionalisierung von Hilfszahlungen liege nach Einschätzung von Dr. Gerster ein bislang noch zu wenig genutztes Druckpotential.

In der **Diskussion** zu den einzelnen Beiträgen wurde zunächst auf die Frage der Konditionalisierung finanzieller Hilfen eingegangen. Während sich einige Diskussionsteilnehmer dieser Forderung anschlossen, wurde in anderen Wortmeldungen eher Skepsis hinsichtlich der Effektivität solcher Maßnahmen zum Ausdruck gebracht. Grundsätzlich sei zu bedenken, so ein Teilnehmer, dass die Existenz der Palästinensischen Autonomiebehörden deren externe Finanzierung voraussetze. Eine stärkere Konditionalisierung dieser finanziellen Beiträge könne hier kontraproduktiv wirken und zu einer Destabilisierung beitragen. Als weiterer Punkt wurde von verschiedenen Teilnehmern eine Reaktivierung der amerikanischen Rolle gefordert. Die gegenwärtige Zurückhaltung der USA in der Region eröffne zwar Handlungsspielräume für die Europäer, letztendlich seien

aber nur die USA in der Lage, effektiven Druck auf Israel im Sinne einer Friedenslösung auszuüben.

4. Neue Ansätze für den Dialog zwischen Europa und dem Nahen und Mittleren Osten

Inhaltlicher Schwerpunkt des zweiten Diskussionspanels war die Frage nach den zukünftigen Schwerpunkten und Zielvorgaben der deutschen und europäischen Politik gegenüber der Region. Der Vorsitzende des CDU-Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik, **Armin Laschet**, stellte im ersten Panelbeitrag klar, dass die Chancen einer Wiederannäherung der Konfliktparteien momentan sehr schlecht stünden. Für Europa dürfe dies aber nicht bedeuten, die Hände in den Schoß zu legen. In enger Abstimmung sollten sich die EU-Staaten vielmehr darauf verständigen, die Förderung grenzüberschreitender Projekte zu intensivieren und dabei auf eine stärkere Projektkontrolle zu achten. Dies sei auch vor dem Hintergrund der jüngsten Affäre um den Missbrauch europäischer Hilfszahlungen zur Finanzierung anti-israelischer Schulbücher in den palästinensischen Autonomiegebieten dringend geboten.

Dr. Michael Köhler, stv. Abteilungsleiter der Direktion Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU-Kommission, schilderte im Anschluss den Stand der multilateralen Zusammenarbeit zwischen der EU und den Staaten im Nahen und Mittleren Osten. Vor allem die europäische Mittelmeerpolitik leide unter den Rückschlägen des Friedensprozesses, weshalb sich gegenwärtig die Frage stelle, wie die euro-mediterrane Partnerschaft wieder dynamisiert werden könne. Als eine wichtige Möglichkeit nannte er eine stärkere Flexibilisierung hin zu einem Prozess mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Wichtig sei auch eine stärkere Stellungnahme der Europäer zum Nahen Osten im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) und das Angebot guter Dienste an die Konfliktparteien. An Deutschland richtete Dr. Köhler abschließend die Aufforderung, angesichts der zunehmenden Bedeutung des Mittelmeerraumes für Gesamteuropa, seine personelle Präsenz in den Mittelmeer-Abteilungen der EU auszubauen.

Für einen stärker differenzierten Umgang mit den Staaten der Region sprach sich auch **Prof. Dr. Volker Nienhaus** von der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Ruhr-Universität Bochum aus. Nach seiner Einschätzung sei die Region gerade unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten extrem heterogen strukturiert. Dies lasse einen einheitlichen Kooperationsansatz wenig sinnvoll erscheinen. Das europäische Angebot des Freihandels

könne nur sinnvoll genutzt werden, wenn die betroffenen Staaten selbst die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen. Bislang seien die Erfolge der Strukturanpassung wie auch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sehr bescheiden ausgefallen. Nahezu überall im südlichen Mittelmeerraum hätten sich in den neunziger Jahren die Exportraten verschlechtert und auch bei den Direktinvestitionen sei ein Rückgang zu verzeichnen. Als Ausweg empfahl Prof. Nienhaus eine Abkehr vom regionalen Ansatz der europäischen Mittelmeerpolitik und eine stärkere Ausrichtung an themenspezifischen Projekten.

Als letzter Panelist fragte **Dr. Carlo Masala** vom Forschungsinstitut für politische Wissenschaft und europäische Fragen der Universität zu Köln nach den Ursachen für die Blockade des Friedensprozesses. Nach seiner Einschätzung sei diese primär auf inkompatible Vorstellungen der Konfliktparteien bezüglich einer abschließenden Friedenslösung zurückzuführen. Dies lasse zugleich wenig Handlungsspielraum für externe Vermittlungsversuche, zumal auf Seiten der Europäer nach wie vor Zuständigkeitsprobleme und Kompetenzstreitigkeiten hinsichtlich der Mittelmeer- und Nahostpolitik feststellbar seien. In einem zweiten Punkt schloss sich Dr. Masala den Forderungen nach einer Anpassung der europäischen Mittelmeerpolitik an. Um die politische Komponente des Kooperationsprojektes zu erhalten, sollte über eine verstärkte Konzentration auf einzelne Staatengruppen und eine thematische Flexibilisierung nachgedacht werden.

Die abschließende **Diskussion** drehte sich anfangs um die Frage europäischer Zuständigkeiten und Kompetenzen. Verschiedene Konferenzteilnehmer schlossen sich der Forderung nach einer Klärung der außenpolitischen Kompetenzen in der EU an, andere wandten sich gegen die Vorstellung, dass dies ein wirkliches Problem bei der Mittelmeerkoooperation darstelle. Von einem Diskussionsteilnehmer wurde dann die Frage nach den Ängsten vor einer wirtschaftlichen Dominanz Israels in der Region aufgeworfen. Diesen Ängsten, so die Erwiderung des Panels, müsse durch Vertrauensbildung entgegengetreten werden. Schließlich wurde erneut die Frage der Verwendung europäischer Mittel gestellt. Die Gefahr des Missbrauchs, so verschiedene Diskussionsteilnehmer, dürfe nicht zu einem Zurückfahren des finanziellen Engagements verleiten. Das Problem seien weniger die Prinzipien der Hilfeleistung als vielmehr deren Umsetzung vor Ort. Ein stärker auf die untere Ebene ausgerichteter Kooperationsansatz könne dazu beitragen, dem Missbrauch europäischer Gelder vorzubeugen.

5. Ergebnisse

In seiner abschließenden Zusammenfassung der Tagungsergebnisse erteilte der Diskussionsleiter, **Dr. Volkmar Köhler**, allen Hoffnungen auf eine baldige Friedenslösung im Nahen Osten eine deutliche Absage. Angesichts der momentanen Zuspitzung der Ereignisse gehe es nicht um die Suche nach einem neuen umfassenden Ansatz, sondern um das tagespolitische Konfliktmanagement. Wichtig sei es zum gegenwärtigen Zeitpunkt, die Gesprächsfäden nicht gänzlich abreißen zu lassen und die Grundlagen für einen späteren Neuanfang zu legen. Die europäische Politik im Nahen Osten sollte dabei von einer doppelten Prämisse ausgehen. Erstens seien nur die Konfliktparteien selbst in der Lage, einen nachhaltigen Frieden herbeizuführen, Europa und die USA könnten hierbei nur Hilfestellung leisten. Voraussetzung einer solchen konstruktiven Hilfestellung seien zweitens eine realistische Einschätzung und genaue Kenntnisse der Prozesse und Strukturen vor Ort. Dies setze eine weitergehende intensive Beschäftigung mit den Entwicklungen in der Region voraus.

Ungeachtet einiger unterschiedlicher Einschätzungen kristallisierten sich im Verlauf der Veranstaltung verschiedene gemeinsame Grundpositionen heraus, die als Diskussionsergebnisse betrachtet werden können. Diese Ergebnisse lassen sich in folgenden Punkten bündeln:

- Unabhängig davon, ob der 1993 in Oslo begonnene Friedensprozess noch eine Chance hat, ist offensichtlich, dass die Suche nach einer Friedenslösung im Nahen Osten gegenwärtig nur als politischer und personeller Neuanfang denkbar ist.
- Auch über den Nahostkonflikt hinaus verläuft die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Situation im Nahen und Mittleren Osten eher ernüchternd. Demokratisierungsprozesse kommen kaum voran, die Strukturanpassung stockt und die wirtschaftliche Entwicklung bleibt vielerorts hinter den Erwartungen zurück.
- Aber es gibt auch Anzeichen positiver Entwicklungen. In manchen Staaten lässt sich ein vorsichtiger politischer Wandel feststellen, der durch Kooperationsmaßnahmen der EU gezielt unterstützt werden sollte.
- Im Hinblick auf den palästinensisch-israelischen Konflikt sollte von großangelegten Friedensinitiativen gegenwärtig Abstand genommen werden. Worauf es vielmehr

ankommt, ist eine verstärkte Konzentration auf Maßnahmen des kurzfristigen Konfliktmanagements.

- Wichtig wäre hierbei eine Reaktivierung der amerikanischen Rolle in der Region. Die USA sind nach wie vor der einzige externe Akteur, der in der Lage wäre, effektiven Druck auf Israel im Sinne einer Verhandlungslösung auszuüben.
- Die Europäer verfügen hierbei nur über geringe Einflussmöglichkeiten, können aber Hilfestellungen leisten und gute Dienste anbieten. Grundlage eines solchen nahostpolitischen Engagements wäre aber immer eine enge Koordinierung mit den USA.
- Unabhängig hiervon sollten auch die Instrumente und Strategien der europäischen Mittelmeerpolitik bzw. des Barcelona-Prozesses neu überdacht werden. Sinnvoll erscheint vor allem eine stärkere thematische und subregionale Flexibilisierung des Prozesses.
- In der bilateralen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Akteuren im Nahen Osten erscheint vor allem eine stärkere Förderung zivilgesellschaftlicher Gruppierungen und die Unterstützung vertrauensbildender Maßnahmen notwendig.
- Darüber hinaus sollte eine verbesserte Förderung grenzüberschreitender Kooperationsprojekte geprüft werden. Hierbei ist auf eine stärkere Projektkontrolle finanzieller Zuwendungen zu achten.

Dr. Andreas Jacobs, Forschungsinstitut für politische Wissenschaft und europäische Fragen
der Universität zu Köln